
Verschwinden die programmatischen Alternativen?

Die Qualität von Wahlprogrammen in 21 OECD-Ländern seit 1950

Andrea Volkens und Nicolas Merz

1 Einleitung

Politischen Parteien wird in allen modernen Demokratien eine zentrale Rolle bei der Aggregation und Artikulation von Wählerpräferenzen (Webb et al. 2002) und der Umsetzung der Wählerinteressen in politische Entscheidungen (Pierce 1999; Kitschelt 2000; Montero und Gunther 2002; Lawson und Poguntke 2004) zugesprochen. In dieser Delegationskette kommt den Wahlprogrammen der Parteien eine besondere Bedeutung zu. Nur wenn die Bürger programmatische Angebote vorfinden, die ihren unterschiedlichen politischen Präferenzen entsprechen, können ihre Interessen im Parlament repräsentiert und, bei gegebenen Mehrheiten, von Regierungen umgesetzt werden. Und nur wenn das programmatische Angebot klar formuliert und sichtbar ist, können die Bürger das ihren Präferenzen entsprechende Programm identifizieren. Das Gelingen des repräsentativen Prozesses setzt daher auf der Angebotsseite demokratischer Wahlen voraus, dass die Parteien klare programmatische Alternativen anbieten.

Dieser zentralen Rolle, so die weitverbreitete Meinung, kommen Parteien immer weniger nach. Sinkende Zahlen von Parteimitgliedern und Kernwählern und zurückgehende Parteidentifikationen gelten als Krisensymptome der Interessenaggregation und -repräsentation (Dalton et al. 1984; Franklin et al. 1992; Daalder 2002; Dalton 2002; Mair et al. 2004; Thomassen 2005). In den Medien und unter den Bürgern herrscht die Meinung vor, dass sich Parteien immer weniger voneinander unterscheiden. Die Politikwissenschaft diagnostizierte in den 1960er Jahren die Transformation cleavage-basierter Parteien zu ununterscheidbaren „catch-all“-Parteien (Kirchheimer 1966; kritisch: Giebler et al. in diesem Band) und in den 1990er Jahren deren weitere Transformation zu Kartellparteien, die zwecks Machterwerb und Machterhalt zusammenarbeiten, so dass sich ihre Wahlprogramme nicht mehr voneinander unterscheiden (Katz und Mair 1995). Rational-Choice-Theo-

rien sagen eine Annäherung der Positionen von Parteien vorher, wenn sie zwecks Stimmenmaximierung um die Mehrheit der Wähler in der Mitte des politischen Spektrums konkurrieren. Das Problem dieser populären Ansichten ist, dass sie nur auf anekdotischer Evidenz beruhen. Wir untersuchen in diesem Kapitel, ob diese Thesen empirisch haltbar sind, indem wir fragen **inwieweit Parteien mit Wahlprogrammen antreten, die inhaltliche Prioritäten setzen und Alternativen bieten, die für den Bürger sichtbar und klar formuliert sind.**

Dazu entwickeln wir im folgenden theoretischen Abschnitt ein mehrdimensionales Konzept der Qualität des programmatischen Angebots und unterscheiden, in Anlehnung an Bartolinis Konzept der Unterscheidbarkeit des programmatischen Angebots (Bartolini 1999, 2000), zwischen den **vier Qualitätsaspekten der Differenzierung von Positionen, deren Sichtbarkeit und Klarheit sowie der Heterogenität von Prioritäten** (Franzmann 2008). Auf der Basis von quantitativen Inhaltsanalysen der Wahlprogramme von Parteien (Budge et al. 1987; Budge et al. 2001; Klingemann et al. 2006; Volkens et al. 2013a) in Verbindung mit Wahlstatistiken aus der Datenbank der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) können wir Entwicklungen der Qualität von 2103 Programmen von 279 verschiedenen Parteien zu 371 Wahlen in 21 OECD-Ländern zwischen 1950 und 2011 im quantitativen Vergleich analysieren.

Angesichts dieser langfristigen Betrachtungsweise berücksichtigen wir, dass der politisch-programmatische Raum nicht statisch ist, sondern sich im Verlauf der Zeit von der Ausbreitung eines Wohlfahrtsstaatskonsenses zur Deregulierung von Wirtschafts- und Finanzsystemen, von traditionellen gesellschaftlichen zu multikulturellen Vorstellungen und von der Betonung nationalstaatlicher Souveränität zur Europäisierung und Internationalisierung hin verschieben kann. Das Zusammenspiel langfristiger Prozesse könnte vor allem nach 1970 zur Reduktion von programmatischen Alternativen in der Wirtschafts- und Sozial- wie der Außenpolitik geführt haben, während sich das soziokulturelle Programmangebot bei stabilen traditionellen Programmkernen mit den grün-alternative Parteien verbreitert haben könnte. Im Gegensatz zu vorliegenden Analysen programmatischer Angebote betrachten wir daher **die Entwicklungen des programmatischen Angebots nicht auf einer einzigen abstrakten Links-Rechts-Dimension, sondern vergleichen die vier Qualitätsaspekte des programmatischen Angebots auf drei konkreten Konfliktdimensionen: der sozioökonomischen, der soziokulturellen und einer Zentrum-Peripherie-Dimension.**

Im empirischen Teil erläutern wir zunächst die Messung des programmatischen Angebots und die Operationalisierung der Qualitätsaspekte wahlprogrammatischer Angebote auf den drei Konfliktdimensionen. Bevor wir untersuchen, ob und inwieweit sich im Durchschnitt von 21 OECD-Ländern die Qualität des Angebots

im Verlauf von sechs Jahrzehnten verschlechtert hat, betrachten wir anhand von Abbildungen, ob Parteien grundlegende Konflikte in ihren Programmen heute überhaupt noch thematisieren und inwiefern sich der programmatische Raum zwischen 1950 und 2011 im Durchschnitt der 21 OECD-Ländern verändert hat bzw. geschrumpft ist.

Anschließend analysieren wir Qualitätsunterschiede zwischen Demokratietypen. Die Angebotsqualität majoritärer Zweiparteiensysteme könnte schlechter sein als die proportionalen Systeme, die der Konsensdemokratien unzulänglicher als die der Konkurrenzdemokratien und die der defekten Demokratien nachteiliger als die stabiler Demokratien. Zusammenfassend interpretieren wir die Ergebnisse unserer Qualitätsprüfung von Wahlprogrammen im Hinblick auf die Frage nach einer Krise der Angebotsseite demokratischer Wahlen.

2 Demokratische Norm, Parteienwettbewerb und programmatische Angebote

Die grundsätzlichen Funktionsbedingungen für das Gelingen parteipolitischer Repräsentation formuliert insbesondere das Modell der „verantwortungsbewussten Parteien“ (Dalton 1985, 1996; Eulau 1987; Thomassen 1991, 1994, 1999; Schmitt und Thomassen 1999; Schmitt 2001; Rohrschneider und Whitefield 2007; Mair 2008). Ausgangsbedingung dieses *Responsible Party Models* (RPM) sind politische Parteien, die den Wählern programmatische Alternativen bieten sollen, damit sie nicht nur zwischen personellen, sondern vor allem auch zwischen inhaltlichen Alternativen auswählen können.

Entgegen der demokratischen Norm programmatischer Alternativen besagen Theorien des Parteienwettbewerbs, dass Parteien Strategien verfolgen, die zur Angleichung ihrer Programme führen und dass sie Motive haben, ihre Positionen zu verschleiern. Demnach konkurrieren Parteien um Wählerstimmen, indem sie zu Sachfragen Stellung beziehen und bezüglich dieser Sachfragen Prioritäten setzen. Frühe Theorien des Parteienwettbewerbs gingen davon aus, dass Parteien unterschiedliche Lösungen für ein und dasselbe Problem anbieten (Downs 1957). In diesen räumlichen Modellen werden Politikalternativen als Positionen auf einer Dimension verstanden, die zwischen zwei Polen mit den Extrempositionen aufgespannt wird. Der Unterschied zwischen zwei Parteien kann dann als einfache Distanz oder Differenz zwischen diesen zwei Parteien bestimmt werden.

Diesem räumlichen Verständnis des Parteienwettbewerbs zufolge stehen Parteien zwei grundlegende Strategien zur Verfügung: Erstens können sie ihre Position

auf einer Politikdimension verändern, um mehr Wähler zu gewinnen. Ein ganzer Forschungszweig der Parteienforschung beschäftigt sich inzwischen mit Positionsverschiebungen und sucht nach ihren Gründen und Folgen (Adams 2012). Vor allem für Zweiparteiensysteme prognostiziert die Rational-Choice-Theorie, dass die programmatischen Positionen der Parteien konvergieren, weil beide Parteien ihre Programme an den Positionen der Wähler in der Mitte des politischen Spektrums ausrichten, um Wählerstimmen zu maximieren. Demgegenüber böten Parteien in Gesellschaften mit stabilen grundlegenden Konfliktlinien die entsprechenden programmatischen Alternativen, weil in einem solchen Gleichgewichtszustand keine Partei durch Programmänderungen Stimmen gewinnen kann (Downs 1957).

Parteien können aber zweitens ihre Position verschleiern, indem sie entweder keine Stellung zu einer Sachfrage oder inkonsistente Positionen zu sehr ähnlichen Sachfragen beziehen. Solche Verschleierungsstrategien erschweren es dem Bürger, die Position einer Partei zu einer neuen Sachfrage aus ihrem Wissen über Positionen herzuleiten, die die Partei bei ähnlichen Sachfragen in der Vergangenheit vertreten hat. Für opportune, verschleierte und inkonsistente Positionen entscheiden sich Parteien aus unterschiedlichen Gründen (Rovny 2012), zum Beispiel wenn die Flügel einer Partei sich nicht einigen können oder wenn die Wählerschaft gespalten ist.

Diese beiden Strategien des räumlichen Parteienwettbewerbs lieferten den Bezugsrahmen für Bartolini's Konzept der Unterscheidbarkeit parteiprogrammatischer Angebote (Pappi 2000). Bartolini (1999, 2000) konzipiert die Unterscheidbarkeit (*decidability*) des programmatischen Angebots als eine von vier Dimensionen des Parteienwettbewerbs neben der Bestreitbarkeit von Positionen (*contestability*), der elektoralen Verwundbarkeit (*vulnerability*) der etablierten Parteien und der Verfügbarkeit (*availability*) von Parteineugründungen. Dementsprechend formuliert er zwei Fragen zu Programmen von Parteien: „Parties offer programmes [...] The question is, however: how important is the type and quality of the programmatic offer for electoral competition? Which aspects of the political offer are necessary to guarantee, improve, maximize or otherwise substantiate electoral competition?“ (Bartolini 2000, S. 33). Die Bedeutung der Unterscheidbarkeit des programmatischen Angebots leitet er aus der Ablehnung allzu vereinfachender Übertragungen von ökonomischen Theorien des Wettbewerbs auf die objektiven Gegebenheiten des politischen Wettbewerbs zwischen Parteien ab. Kooperationen zwischen Parteien und Absprachen ‚hinter den Kulissen‘ könnten dazu führen, dass Programmalternativen fehlen.

Die Unterscheidbarkeit des programmatischen Angebots ist für Bartolini von zentraler Bedeutung, weil mangelnde Unterscheidbarkeit die Funktionstüchtigkeit der drei anderen Wettbewerbsdimensionen beeinträchtigt. Er definiert Unterscheidbarkeit anhand von drei Aspekten, ohne sich mit diesen Aspekten näher

zu befassen: „The level of policy or issue position differentiation among parties, and the visibility and clarity of these differences for the voter, are what I call here ‚decidability‘“ (ibid.).

Die Differenzierung von umstrittenen Fragen wurde im Anschluss an Sartori (1967) zumeist als Polarisierung zwischen alternativen Positionen von Parteien gefasst. Möglichen Folgeproblemen für Koalitionsregierungen zum Trotz (Warwick 1998) ist es für den Bürger leichter, sich zwischen zwei Parteien zu entscheiden, wenn die Programme der Parteien stark voneinander abweichen. Je mehr Alternativen die Programme bieten, umso eher findet jeder Bürger ein seinen Vorstellungen entsprechendes Angebot.

Vorliegende Analysen programmatischer Differenzierung setzen in der Regel voraus, dass das Ausmaß der Distanzen zwischen Parteien dem Ausmaß der Sichtbarkeit und der Klarheit ihrer Positionen entspricht. Im Gegensatz zu dieser vereinfachenden Annahme argumentieren wir mit Bartolini, dass die Klarheit – von uns definiert als konsistente Positionierung der Programme zu ähnlichen Sachfragen – und die Sichtbarkeit – definiert als Möglichkeit des Wählers, sich mit den unterschiedlichen Positionen der zur Wahl stehenden Parteien vertraut zu machen – zwei weitere Aspekte von Programmen sind, die der Unterscheidbarkeit des Angebots dienen.

Die Sichtbarkeit des programmatischen Angebots hängt von vielen Faktoren ab. Zunächst spielen dabei die von der Partei eingesetzten Ressourcen hinsichtlich der Zahl der gedruckten Programme und der von Parteimitgliedern und -eliten im Wahlkampf geleisteten Überzeugungsarbeit eine Rolle (Brunsbach et al. 2011; Brunsbach et al. 2012). Deswegen kann die Sichtbarkeit des programmatischen Angebots abnehmen, wenn sich immer weniger Mitglieder im Wahlkampf aktiv für ihre Partei einsetzen. Andererseits werden die Inhalte von Programmen vor allem von den Massenmedien vermittelt (Maurer 2009). Welche Themen und Positionen die Medien auswählen, können die Parteien kaum beeinflussen, weil die Berichterstattung in Printmedien und Nachrichtensendungen den Regeln der medialen Selektion unterliegen (Maurer 2007). Allerdings wird die Parteilichkeit der Presse in vielen OECD-Ländern immer noch als sehr hoch eingestuft (Dalton et al. 2011).

Diesen Anzeichen für eine im Verlauf der Zeit geringer werdenden Sichtbarkeit der Programmatik stehen allerdings auch Anhaltspunkte für eine erhöhte Sichtbarkeit gegenüber. So bringen technische Entwicklungen neue Formen der Vermittlung von Positionen wie den elektronischen Wahlkampf (Römmele 2012) und den Wahl-O-Mat (Marschall 2001) hervor. Zudem zeigen Analysen von Anzeigen in Massenmedien, dass die von den Parteien geschalteten Anzeigen die Unterschiede zwischen Parteien eher betonen und damit dem Wähler die Differenzierung zwischen den Parteien erleichtern (Keil 2003, 2004).

Grundsätzlich kann man aber davon ausgehen, dass große Parteien nicht nur über mehr monetäre und personelle Ressourcen verfügen, sondern ihre Positionen in den Medien auch mehr Aufmerksamkeit erfahren als die Positionen kleiner Parteien (Marcinkowski 1998). Die somit sichtbaren Alternativen können aus mehreren Gründen die im Parlament repräsentierten Alternativen unterschreiten. So sollten die großen sozialdemokratischen und christdemokratischen oder konservativen Parteien von der Transformation cleavage-basierter in ununterscheidbare „catch-all“-Parteien besonders betroffen sein (Kirchheimer 1966) und um den Wähler der politischen Mitte kämpfen (vgl. dazu kritisch: Giebler et al. in diesem Band).

Regierungswechsel haben kaum politische Folgen, wenn sich die Programme der führenden großen Regierungsparteien wenig unterscheiden. Die Umsetzung von Programmen, in der Forschung sowohl für Budgets (Klingemann et al. 1994) als auch für einzelne wahlprogrammatische Versprechen (Mansergh und Thomson 2007) gut belegt, kann ebenso in Koalitionsregierungen von den großen Parteien entscheidend beeinflusst werden, weil sie in der Regel den Regierungschef stellen und die meisten Ministerien besetzen. Damit gewinnt die Sichtbarkeit der programmatischen Alternativen zwischen den beiden großen Parteien eines Parteiensystems für den Wähler eine besondere Bedeutung.

Dem rein räumlichen Verständnis des Parteienwettbewerbs wurde entgegnet, dass Parteien nicht nur um alternative Positionen konkurrieren, sondern auch um unterschiedliche Prioritäten: „Parties therefore do not compete by arguing directly with each other, but by trying to render their own areas of concern most prominent.“ (Budge und Farlie 1983, S. 23). Gemäß dieser Salienztheorie setzen Parteien unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Programmen, ihren Kampagnen, ihren parlamentarischen Entscheidungen und ihrem Regierungshandeln. Bezüglich der Differenzierung ihrer Prioritäten unterliegen Parteien allerdings zwei widerstrebenden Motiven. Einerseits versuchen sie, solche Themen zu betonen, bei denen sie gegenüber den anderen Parteien bereits einen Vorteil haben, weil sie dort als besonders kompetent angesehen werden. Linke Parteien betonen beispielsweise oft Themen der sozialen Gerechtigkeit, weil der Wähler ihnen zutraut, Probleme in diesem Bereich zu lösen. Parteien versuchen dann mit der gezielten Betonung von Themen, die Wahrnehmung der Wähler auf solche Probleme zu lenken, von denen sich die Partei einen Vorteil verspricht (Iyengar und Kinder 1987; Druckman 2004). Andererseits müssen Parteien auch auf reale Ereignisse und die Strategien der anderen Parteien reagieren. Sie sind deshalb gezwungen, auch solche Themen zu behandeln, bei denen sie (noch) nicht als kompetent gelten, die aber auf der öffentlichen Agenda stehen (Green-Pedersen und Mortensen 2010). Den Möglichkeiten der Differenzierung ihrer Prioritätensetzung werden damit Grenzen gesetzt.

Eine solche Differenzierung im Sinne unterschiedlicher Prioritätensetzung greift das von Franzmann (2008) entwickelte Konzept programmatischer Heterogenität auf. Für die westeuropäischen Länder kann Franzmann zeigen, dass sich sowohl die Niveaus als auch die Verläufe programmatischer Differenzierungen hinsichtlich Positionen und Prioritäten voneinander unterscheiden. Der positionalen Wettbewerbstheorie zufolge erwarten wir eine abnehmende Differenzierung von Positionen, wenn Parteien um den Wähler der politischen Mitte kämpfen. Der Salienztheorie zufolge erwarten wir eine aufgrund des Parteienwettbewerbs beschränkte Differenzierung der Prioritäten.

Wenn alle Parteien zusammenarbeiten, können sich sowohl Positionen als auch Prioritäten in allen Politikbereichen annähern. Dies könnte vor allem in Konkordanzdemokratien (Lehmbruch 1992; Lijphart 1999) der Fall sein, in denen politische Entscheidungen im Konsens aller politischen Akteure angestrebt werden. Darüber hinaus sollten sich defekte von stabilen Demokratien unterscheiden. Alle Wettbewerbstheorien basieren auf stabilen Mustern (Eckstein 1968) von Interaktionen in Parteiensystemen (Sartori 1976), wie sie nur in eingebetteten Demokratien (*embedded democracies*) vorliegen.

3 Veränderungen des programmatischen Angebots auf drei Konfliktdimensionen

Die Untersuchung der Veränderung des programmatischen Angebots der Parteien im Zuge von langfristigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen erfordert Längsschnittdaten zur Programmatik der Parteien. Von allen methodischen Ansätzen zur Messung von Parteipositionen (Benoit und Laver 2006; Volkens 2007) erbringt bislang nur die klassische quantitative Analyse von Wahlprogrammen (Budge et al. 2001; Klingemann et al. 2006; Volkens et al. 2013a) und der darauf beruhende Datensatz des MARPOR-Projekts (*Manifesto Research on Political Representation*, DFG GZ VO 1000/2-2, <https://manifesto-project.wzb.eu/>) solche langen Zeitreihen.

3.1 Daten und Operationalisierung von Parteipositionen

Im MARPOR-Projekt wird jedes Wahlprogramm in sogenannte Quasi-Sätze (*statements*) unterteilt. Jedes *statement* wird dann von einem geschulten Coder einer von 56 Kategorien zugeordnet. Diese Kategorien umfassen unterschiedliche poli-

tische Ziele wie zum Beispiel den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, die Verbesserung des Umweltschutzes oder mehr Marktregulierung. Der Datensatz gibt Aufschluss darüber, wie häufig jedes dieser 56 Ziele in jedem der untersuchten Wahlprogramme vorkommt. Er umfasst derzeit 3.679 Wahlprogramme von 923 Parteien mit mindestens einem Sitz in 55 Parlamenten seit 1945 bzw. dem Zeitpunkt, an dem erste demokratische Wahlen stattgefunden haben (Volkens et al. 2013b).

Wir beschränken unsere Analyse auf diejenigen 21 OECD-Länder, die seit 1950 demokratische Wahlen durchführen (Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, die Türkei¹ und die USA). Im MARPOR-Projekt werden die Programme jener Parteien analysiert, die mindestens einen Sitz im Parlament gewonnen haben. Wir gehen davon aus, dass Parteien, die keinen Sitz im Parlament erhalten haben, kein programmatisches Angebot vorlegten, das für den weiteren repräsentativen Prozess relevant gewesen wäre.

Vorliegende Studien zu Veränderungen der Qualität parteiprogrammatischer Angebote beschränken sich entweder auf detaillierte Analysen einzelner Parteien oder auf Links-Rechts-Positionen relevanter Parteien im internationalen Vergleich. Der Links-Rechts-Dimension liegt die Annahme zugrunde, dass die Positionen der Parteien zu unterschiedlichen Sachfragen mit einer einzigen latenten Dimension korrelieren. Anhand von offenen Fragen an Wähler konnte gezeigt werden, dass *links* und *rechts* Kategorien sind, die in verschiedenen Ländern ähnlich verstanden werden und somit als universale Ankerpunkte der Kommunikation mit Parteien dienen (Fuchs und Klingemann 1995). Links-Rechts diene den Wählern als Heuristik, um ihre eigenen Präferenzen mit jenen der Parteien abzugleichen. Tatsächlich stimmen die vom Wähler wahrgenommenen Parteipositionen auch weitgehend mit den tatsächlich in den Wahlprogrammen niedergelegten Positionen überein (van der Brug 1999).

Auf der Links-Rechts-Dimension wurden Veränderungen der programmatischen Polarisierung zwischen linken und rechten Parteien in westeuropäischen Ländern regelmäßig ermittelt. Entgegen allen Krisentheorien geben diese Forschungsergebnisse wenig Anlass zur Befürchtung, dass das programmatische Angebot defizitär wäre. Die Positionen der Parteien folgen eher einem zyklischen Muster, da auf Zeiten der Konvergenz Zeiten der Divergenz folgen und umgekehrt (Volkens und Klingemann 2002; Volkens 2003). Gemessen an der Spannweite zwischen dem

1 Von einer Ausnahme abgesehen wurden in der Türkei zwischen 1950 und 2011 alle drei bis vier Jahre Parlamentswahlen abgehalten. Die längste Unterbrechung eines regelmäßigen Wahlzyklus aufgrund einer Militärintervention zwischen 1977 und 1983 betrug knapp fünf Jahre.

parlamentarischen Links- und Rechtsaußen (Laver und Budge 1992) haben sich die Parteien kaum angenähert.

Den eindimensionalen Modellen wird aber entgegengehalten, dass sich nicht nur die Relevanz der Links-Rechts-Dimension (Green-Pedersen 2007), sondern auch die Unterschiede zwischen den Parteien auf dieser Dimension verringert haben (Albright 2010). Insbesondere neu aufkommende Konflikte können einen Bedeutungsrückgang der Links-Rechts-Dimension verursachen. Europaskeptische Parteien finden sich beispielsweise auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums, was zeigt, dass dieser Konflikt mit dem traditionellen Links-Rechts-Verständnis wenig gemeinsam hat. Zudem ist die Rangfolge der Parteien zu zahlreichen Sachfragen, nicht immer die gleiche wie auf der allgemeinen Links-Rechts-Achse. Zum Beispiel belegt die FDP in wirtschaftlichen Fragen den rechten Pol, in gesellschaftlichen Fragen ist es hingegen die CDU/CSU (Pappi und Shikano 2004). Die Betrachtung einer einzelnen Dimension verbirgt derartige Unterschiede. Darüber hinaus wird der Links-Rechts-Dimension eine gewisse Asymmetrie attestiert, weil Sachfragenpositionen linker Parteien konsistenter sind als jene rechter Parteien (Cochrane 2011).

3.2 Operationalisierung von drei Konfliktdimensionen

Berechnungen von Parteipositionen anhand der MARPOR-Daten zählen inzwischen zu den Standardverfahren der komparativen Parteienforschung. Dazu wurden zahlreiche Vorschläge unterbreitet (Kim und Fording 2002; Franzmann und Kaiser 2006; Elff 2013; Volkens et al. 2013a; König et al. 2014). In dem gängigsten Verfahren werden Links-Rechts-Positionen einer Partei bestimmt, indem die Häufigkeiten *linker* Kategorien zusammengezählt und dann von der Häufigkeit *rechter* Kategorien abgezogen wird (Laver und Budge 1992). Dieses Verfahren kann zur Berechnung von Links-Rechts-Positionen, aber auch für das Pro und Kontra zu einzelnen Sachfragen oder, wie in diesem Abschnitt, für eine Auswahl konträrer Kategorien auf spezifizierten Konfliktdimensionen angewendet werden.

Unter komparativen Parteienforschern besteht allerdings weder über die Anzahl relevanter Konfliktdimensionen noch über die Zusammensetzung der politischen Streitfragen auf den Konfliktdimensionen Einigkeit. Grundsätzlich werden deduktive und induktive Ansätze unterschieden (Benoit und Laver 2006, 2012). Deduktive Ansätze gehen von theoretischen Überlegungen aus und leiten die Zahl der Dimensionen und deren Streitfragen aus unterschiedlichen theoretischen Überlegungen ab; induktive Methoden nutzen meist statistische Methoden wie Faktorenanalysen, um viele einzelne politische Streitfragen empirisch zu Policy-Dimensionen zusam-

menzufassen. Während deduktive Verfahren von einer begrenzten Zahl von ein bis drei Dimensionen des politischen Wettbewerbs ausgehen (Heath et al. 1994; Shikano und Pappi 2004; Ansalobehere et al. 2008; Bornschier 2010; Bakker et al. 2012; Stoll 2010; Kriesi et al. 2012; Evans und de Graaf 2013), ergeben induktive Verfahren eine große Zahl von zehn oder mehr Dimensionen (Laver und Budge 1992; Lijphart 1999; Nyblade 2004; Benoit und Laver 2006).

Ausgehend von den zahlreichen Vorarbeiten zur Dimensionalität und der Bedeutung bestimmter Dimensionen und Konfliktlinien haben wir uns hier für eine **deduktive Herleitung von Konfliktdimensionen** entschieden. Damit berücksichtigen wir die Mehrdimensionalität der meisten Parteiensysteme. Drei Konfliktlinien werden in zahlreichen komparativen Studien einzeln oder in Kombinationen immer wieder erwähnt (Warwick 2002; Bakker et al. 2012; Rovny und Edwards 2012; De Vries und Marks 2012): die sozioökonomische, die soziokulturelle und die Zentrum-Peripherie-Konfliktlinie.

Die **sozioökonomische Konfliktdimension** beschreibt den traditionellen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital (Lipset und Rokkan 1967). Wie in Übersicht 1 für die einzelnen Kategorien des Datensatzes aufgezeigt, fallen darunter Auseinandersetzungen zu Fragen, wie stark der Staat in die Wirtschaft eingreift, wieviel umverteilt wird, Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie unterschiedliche Vorstellungen zur Haushaltspolitik und zum Wirtschaftswachstum.

Die **soziokulturelle Konfliktdimension** umfasst Sachfragen, die sich auf das gesellschaftliche Zusammenleben beziehen. Diese Dimension ist in der Literatur mit zahlreichen verschiedenen Bezeichnungen und in unterschiedlichen Ausprägungen zu finden. Dominierend sind dabei als Folge des Wandels von materiellen zu postmateriellen Werten die Neue Politik (Hooghe et al. 2002) mit den grünen Parteien als Repräsentanten. Die Extrempole dieser soziokulturellen Dimension sind eine progressiv-libertäre Politik einerseits und eine konservativ-autoritäre Politik andererseits.

Die dritte Konfliktdimension beschreibt den Konflikt zu Sachfragen, die sich auf die Rolle des Nationalstaates beziehen. Diese Konfliktlinie entstand im Verlauf der Nationalstaatsbildung zwischen alten regionalen und neuen zentralen Entscheidungsinstanzen und wird daher als *Zentrum-Peripherie-Konflikt* bezeichnet (Lipset und Rokkan 1967). Europäisierung und Internationalisierung vermehrten die Zahl der Streitfragen um die Abgabe von Souveränitätsrechten an internationale Organisationen, eine protektionistische Wirtschaftspolitik und kulturellen Nationalismus. Diese Konfliktlinie lässt sich in Europa zunehmend an Ländern mit europaskeptischen Parteien festmachen (De Vries und Hobolt 2012).

Übersicht 1 Konfliktdimensionen und Codes im MARPOR-Datensatz

<i>Sozioökonomische Konfliktdimension</i>			
	Pro Markt		Pro Staat
Rolle des Staates	401	Freier Markt: positiv	403 Marktregulierung: positiv
	402	Anreize für unternehmerische Tätigkeit	404 Wirtschaftliche Planung
			412 Planwirtschaft
			413 Nationalisierung: pos
Wohlfahrtsstaat	505	Wohlfahrtsstaat: negativ	504 Wohlfahrtsstaat: positiv
Gewerkschaften	702	Arbeiter/Gewerkschaften: negativ	701 Arbeiter/Gewerkschaften: positiv
Finanzpolitik	414	Ökonomischer Konservatismus	409 Keynesianische Nachfrageregulungen
Wachstum	410	Wirtschaftswachstum	416 Nachhaltiges Wirtschaften
<i>Soziokulturelle Konfliktdimension</i>			
	Konservativ		Progressiv
Multikulturalismus	608	Multikulturalismus: negativ	607 Multikulturalismus: positiv
			705 Minderheiten
Umwelt	411	Infrastrukturausbau	501 Umweltschutz
Frieden	104	Ausbau des Militärs	105 Abrüstung
			106 Frieden
Progressiv-alternative Moralvorstellungen	605	Traditionelle Moralvorstellungen: positiv	604 Traditionelle Moralvorstellungen: negativ
Bürgerrechte	605	Law-und-Order Politik	202 Demokratie
<i>Zentrum-Peripherie Konfliktdimension</i>			
	Stärkung des Nationalstaat		Schwächung des Nationalstaates
Europäische Integration	110	Europäische Integration: negativ	108 Europäische Integration: positiv
Protektionismus	406	Protektionismus: positiv	407 Protektionismus: negativ
Multilaterale Zusammenarbeit	109	Internationalismus: negativ	107 Internationalismus: positiv
Nationalismus	601	Nationalismus: positiv	602 Nationalismus: negativ
Zentralisierung	302	Zentralisierung	301 Dezentralisierung

Auf jeder Konfliktdimension identifizieren wir fünf Sachfragen, die sich mit dem MARPOR-Kategorienschema operationalisieren lassen. Zu diesen Sachfragen berechnen wir für jede Partei zu jeder Wahl eine Priorität und eine Position. Die Priorität messen wir über den Salienzwert, indem wir die relativen Häufigkeiten

der Kategorien zusammenzählen, die die Sachfrage betreffen. Für die Sachfrage Wohlfahrtsstaat wäre dies beispielsweise die Addition der relativen Häufigkeiten der Kategorien 505 (Wohlfahrtsstaat: negativ) und 504 (Wohlfahrtsstaat: positiv).

Die Position einer Partei zu einer Sachfrage berechnen wir, indem wir die Prozentwerte in der jeweils rechten Spalte von denen in der linken Spalte voneinander abziehen *und* durch die Summe der beiden relativen Häufigkeiten (Salienz) teilen (Laver und Garry 2000; Kim und Fording 2002). Diese sogenannten ratio-skalierten Positionswerte sind nicht vom Anteil der *statements* zu einzelnen Sachfragen und Dimensionen im Programm beeinflusst und damit unabhängig von der Salienz. Da wir bei den Aspekten des programmatischen Angebots analytisch zwischen Positionen (Differenzierung, deren Sichtbarkeit und Klarheit) und den Prioritäten (Heterogenität) unterscheiden, ist es notwendig, diese Unterscheidung auch in der Operationalisierung umzusetzen. Aggregierte Parteipositionen auf den drei Konfliktdimensionen berechnen wir als den mit der Salienz jeder Sachfrage gewichteten Mittelwert der je fünf Sachfragenpositionen in einem Programm.

3.3 Die Relevanz der drei Konfliktdimensionen

„In Gesellschaften mit starken Konfliktlinien sind Parteien monopolistische Politikanbieter in ihren Teilmärkten [...]“ (Pappi 2000, S. 93), die nur ihre jeweils eigene Klientel zu mobilisieren suchen (Sani und Sartori 1983). Im Zuge von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungsprozessen stellt sich jedoch die Frage, ob und inwieweit Parteien grundlegende Konflikte überhaupt noch thematisieren. Ehemalige Milieus, besonders ausgeprägt in den Niederlanden mit einem System der Versäulung in sozialdemokratische, bürgerliche, katholische und protestantische Teilgesellschaften mit eigenen Vereinen, Bräuchen und den sie repräsentierenden Parteien, haben sich aufgelöst und sind – in den Niederlanden laut Lijphart (1989) erst Ende der 1980er Jahre – durch eine Pluralisierung und kompetitiven Parteienwettbewerb abgelöst worden. Evans diagnostiziert für alle modernen Demokratien ein „blurring of social boundaries through processes of social and economic change“ (Evans 2010, S. 635).

Die Forscher sind sich darin einig, dass sich die Größe der mit bestimmten Parteien verbundenen gesellschaftlichen Gruppen, der sogenannten Cleavage-Gruppen, verringert hat. Ob und inwieweit man allerdings von einem generellen *de-alignment*, also von einer Abnahme der Bindungskraft von (verbleibender) Klassen- und Religionszugehörigkeit, sprechen kann, ist nach wie vor umstritten (Brooks et al. 2006; Evans 2010). Eine jüngste Untersuchung zum Zusammenhang von Klassen- und Religionszugehörigkeit und Parteiwahl demonstriert, dass klare programmatische

Alternativen zum Erstarren dieser gesellschaftlichen Spaltungen führen können, und belegt damit die Bedeutung der Ausgestaltung des programmatischen Angebots für demokratische Wahlen (Evans und de Graaf 2013).

Um die Relevanz von Konflikten in der Programmatik der Parteien zu ermitteln, betrachten wir zunächst die Zahl der *statements*, die den Konfliktbereichen gewidmet sind. Die Relevanz wird als Summe der relativen Häufigkeiten aller Ziele einer Dimension in einem Programm, gewichtet nach der Stärke der Parteien, im Durchschnitt aller relevanten Parteien in 21 Parlamenten zwischen 1950 und 2011 bestimmt (s. Abb. 1).

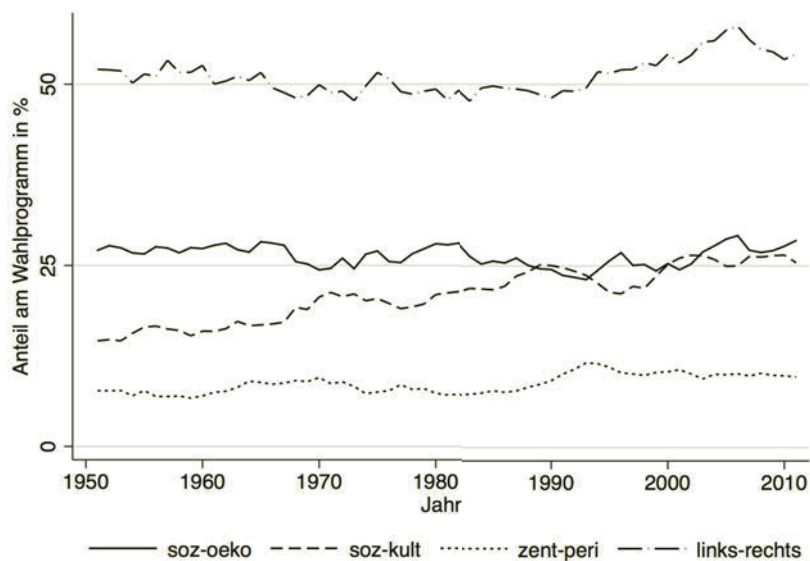


Abb. 1 Die Relevanz von drei Konfliktdimensionen und der Links-Rechts-Dimension (in 21 OECD-Ländern)

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Volkens et al. (2013b).

Von den drei Konfliktbereichen nehmen sozioökonomische Ziele mit durchschnittlich 25 Prozent den größten Anteil am Gesamtumfang der Wahlprogramme ein. Wie in den meisten vorliegenden Untersuchungen des westeuropäischen Raums

zur Relevanz der Links-Rechts-Dimension finden wir für die sozioökonomischen Konflikte in den OECD-Ländern eine leicht abnehmende Bedeutung am Ende der 1960er Jahre und zwischen 1980 und 1990. Zwischen 1970 und 1980 sowie seit Mitte der 1990er Jahre wenden sich die Parteien wieder stärker sozioökonomischen Zielen zu, so dass die Relevanz sozioökonomischer Konflikte am Ende der Zeitreihe nahezu identische Werte aufweist wie zu Beginn der 1950er Jahre. Im Durchschnitt aller 21 OECD-Länder kann deshalb von einer abnehmenden Relevanz sozioökonomischer Konflikte keine Rede sein.

Soziokulturelle Konflikte stehen mit 15 Prozent des durchschnittlichen Programmmumfangs an zweiter Stelle. Der Anteil stieg im Verlauf der Zeit fast kontinuierlich und erreichte zu Beginn der 1990er Jahre den Umfang sozioökonomischer Themen. Demnach trugen grüne Parteien zwar seit den 1980er Jahren zur Verbreitung ‚neuer Politik‘ bei, profitierten aber schon bei ihrer Gründung von einer zunehmenden Bedeutung dieses Themenbereichs.

Mit durchschnittlich 10 Prozent des Umfangs werden Zentrum-Peripherie-Konflikte seltener thematisiert als die anderen beiden Themenbereiche. Trotz Internationalisierung und Europäisierung nimmt der Umfang dieser Themen in den Programmen im Zeitverlauf nur wenig zu. Parteien befassen sich heute genauso wie vor sechzig Jahren in ihren Programmen zu nationalen Wahlen überwiegend mit nationalen Themen.

Von diesem Befund abgesehen werden relevante sozioökonomische Themen dauerhaft und soziokulturelle Themen sogar zunehmend berücksichtigt. Entsprechend dieser unterschiedlichen Entwicklungen korrelieren die drei Dimensionen untereinander nur schwach (sozioökonomisch – soziokulturell: Pearson's r 0.28) bis sehr schwach (soziokulturell – Zentrum-Peripherie: 0.15, sozioökonomisch – Zentrum-Peripherie: 0.06). Die von uns theoretisch hergeleiteten Konfliktdimensionen sind demnach voneinander unabhängige Wettbewerbsdimensionen. Andererseits finden wir einen relativ starken Zusammenhang (Pearson's r 0.78) zwischen der Links-Rechts- und der sozioökonomischen Dimension. Dieser starken Korrelation können wir entnehmen, dass die Links-Rechts-Dimension vor allem von sozioökonomischen Streitfragen geprägt ist. Die Beziehungen zwischen der Links-Rechts-Dimension und den zwei anderen Konfliktdimensionen fallen mit 0.49 für die soziokulturelle Dimension und 0.22 für die Zentrum-Peripherie-Dimension deutlich schwächer aus. Diese beiden Konfliktdimensionen sind demnach weitgehend unabhängig von einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension. Die Betrachtung des programmatischen Angebots auf diesen drei Konfliktdimensionen ist also sinnvoll, weil sie theoretisch und empirisch relevant sowie unabhängig voneinander sind und weil sie mehr als nur eine allgemeine Links-Rechts-Dimension beschreiben.

In einem durchschnittlichen Wahlprogramm der OECD-Länder enthielten nach der Jahrtausendwende ebenso wie in den Nachkriegsjahrzehnten die Hälfte aller Sätze rechte oder linke Positionen. In dieser Hinsicht können wir auch keinen Bedeutungsverlust von Links-Rechts feststellen.

Im zeitlichen Durchschnitt gleicht die Relevanz der Links-Rechts-Dimension mit einem Umfang von 50 Prozent der *statements* dem summierten Durchschnitt der drei von uns spezifizierten Konfliktdimensionen. Mit zunehmender Bedeutung soziokultureller Konflikte übersteigt aber die von uns erfasste Zahl dieser *statements* seit den 1970er Jahren zunehmend die Zahl der Links-Rechts-Statements.

3.4 Veränderungen der Lagerung im programmatischen Raum

Ebenso wie Bartolini befasst sich Albright (2010) mit programmatischen Alternativen und der Klarheit dieser Positionen als „indication how easy it is for voters to identify where parties are located“ (Albright 2010, S. 712). Im Gegensatz zu Bartolini thematisiert Albright aber nicht die Sichtbarkeit der Positionen, sondern betont die Bedeutung der Lagerung des programmatischen Angebots, operationalisiert als der nach Parteistärke gewichtete Mittelwert der Parteipositionen auf einer der Politikdimension. Diesbezüglich können sich Angebote bei gleicher Differenzierung, Klarheit, Sichtbarkeit und Heterogenität unterscheiden: Wählerschaften sind mit unterschiedlichen programmatischen Alternativen konfrontiert, wenn der politische Raum, zum Beispiel in Wohlfahrtsstaaten, nach links und in libertären Staaten nach rechts verschoben ist. Wenn in Wohlfahrtsstaaten alle Parteien ausschließlich mehr oder weniger ausgeprägte sozialstaatliche Angebote machen, werden die Präferenzen liberaler Wähler vernachlässigt, während andererseits libertäre Demokratien wohlfahrtsstaatliche Wählerpräferenzen mit einem mehr oder minder libertären Angebot missachten können.

Mit der programmatischen Lagerung berücksichtigen wir auch, dass der politische Raum nicht statisch ist, sondern sich im Zeitverlauf verschieben kann, weil etablierte Parteien ihre Positionen verändern, Parteien aussterben und neue Parteien gegründet werden. Ändern etablierte und neue Parteien eines Parteiensystems ihre Positionen in derselben Richtung, dann verändert sich der Gehalt von Politikalternativen maßgeblich, wobei die Distanzen zwischen den Parteien durchaus erhalten bleiben können. Solche Veränderungen der Lagerung auf der sozioökonomischen und der Zentrum-Peripherie-Dimension beschreiben „das Ende des ideologischen Zeitalters“ schon zu Beginn der 1960er Jahre: „Today, these ideologies are exhausted“ (Bell 1962, S. 402).

Auf diese ebenso apodiktische wie voreilige Diagnose zu Beginn der 1960er Jahre folgten bereits zwei Jahrzehnte später Globalisierungs- und Europäisierungsprozesse (vgl. Beiträge von Heyne und Alonso in diesem Band) sowie Wirtschafts- und Finanzkrisen (vgl. Kocka und Merkel in diesem Band), die die Lagerung sozioökonomischer Angebote in eine andere Richtung verschoben haben könnten. Internationale Kapitalmärkte, ökonomische Verflechtungen und internationale Organisationen könnten Parteien zunächst zur Deregulierung und Öffnung von Märkten veranlasst haben, um nach Einsicht in die Probleme und Risiken dieser Politik wieder mehr staatliche Eingriffe zu fordern. Abbildung 2 zeigt die Veränderungen der Lagerung auf allen drei Konfliktdimensionen zwischen 1950 und 2011 im Durchschnitt aller 21 OECD-Länder.

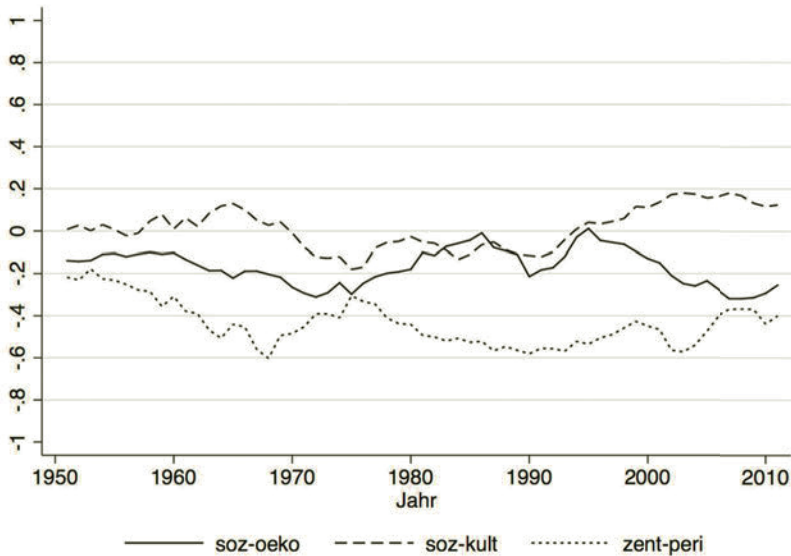


Abb. 2 Lagerung des politischen Angebots auf drei Konfliktdimensionen (in 21 OECD-Ländern)

Anmerkung: Sozioökonomische Konfliktdimension: -1 = pro Staat, 1 = pro Markt
 Sozio-kulturelle Konfliktdimension: -1 = progressiv, +1 = konservativ
 Zentrum-Peripherie Konfliktdimension: -1 = kontra Nationalstaat, +1 = pro Nationalstaat.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Volkens et al. (2013b).

Wie von Bell (1962) diagnostiziert veränderte sich die sozioökonomische Lagerung seit 1950 zugunsten von Eingriffen in das Wirtschaftssystem und der Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, in Abbildung 2 am Linksschwenk sichtbar. Zwischen 1970 und 1995 kehrt sich dieser Trend wie erwartet um. In diesem Zeitraum wird das durchschnittliche sozioökonomische Angebot in den 21 OECD-Ländern zunehmend von Positionen des freien Marktes dominiert, und Parteien sprechen sich immer seltener für einen weiteren Ausbau von wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen aus. Nach 1995 verzeichnen wir aber wiederum eine Trendwende im Hinblick auf sozioökonomische Streitfragen. Albright (2010) analysiert das programmatische Angebot von Parteifamilien in Westeuropa und findet für den Zeitraum zwischen 1980 und 2000 einen starken Rechtsschwenk der Sozialdemokraten, die in den 1990er Jahren teilweise eine Regierungspolitik der *Dritten Wege* beschritten hatten (Merkel et al. 2008). Wählerverluste und Verluste der Regierungsmacht haben diese Parteien offenbar dazu veranlasst, die Bedeutung von Wirtschaftsregulierung und sozialstaatlichen Maßnahmen in ihrem sozioökonomischen Angebot wieder stärker zu betonen.

Die Lagerung der soziokulturellen Dimension sollte sich im Zuge von gesellschaftlichen Modernisierungseffekten und von Wertewandel (Inglehart 1977; Inglehart und Welzel 2005) seit dem Ende der 1970er Jahre von einem traditionellen zu einem stärker progressiv-liberalen Angebot hin verschoben haben. Die in Abbildung 2 präsentierten Mittelwerte der 21 OECD-Länder widersprechen jedoch dieser Erwartung. Programmatische Veränderungen in die progressiv-liberale Richtung setzten bereits 1960 ein, hielten aber nur bis zum Ende der 1980er Jahre an. Seither wird das soziokulturelle Angebot wieder zunehmend traditioneller, obwohl wir mit der soziokulturellen Konfliktdimension alle Sachfragen wie Umwelt, Frieden und Gleichberechtigung zusammen gefasst haben, die von den neuen sozialen Bewegungen der 1970/80er Jahre aufgegriffen und in den grün-alternativen Parteien institutionalisiert wurden. Über die Gründe für dieses überraschende Ergebnis können wir nur spekulieren. In Mehrparteiensystemen hat das Aufkommen von grün-alternativen Parteien ihre politischen Gegner offenbar dazu veranlasst, traditionelle Positionen mehr zu betonen als zuvor. Zudem haben sich nicht überall grüne Parteien etablieren können. In Systemen ohne neue progressiv-liberale Parteien waren etablierte Parteien auch nicht gezwungen, sich auf einen neuen Konkurrenten einzustellen. Darüber hinaus verstärken in manchen Ländern neue Rechtsaußen-Parteien mit traditionellen Vorstellungen diesen Trend. Festzuhalten bleibt, dass das soziokulturelle Angebot in den OECD-Ländern überraschend traditionell ist.

Globalisierungs- und Europäisierungsprozesse erweitern alte nationalstaatliche Konflikte zwischen nationalem Zentrum und regionaler Peripherie um neue Konflik-

te zwischen den Entscheidungszentren auf der europäischen und der internationalen Ebene und den Nationalstaaten als den neuen Peripherien. Wie erwartet verbreitet sich in den Programmen zwischen 1950 und 1970 ein Konsens zur Dezentralisierung und seit dem Ende der 1970er Jahre ein Konsens zur Internationalisierung. Der Trend zur Internationalisierung kehrt sich am Ende der 1990er Jahre um. Im neuen Jahrtausend machen sich vor allem die neuen europakritischen Parteien bemerkbar. Seither wird im Länderdurchschnitt nationalstaatliche Souveränität wieder mehr betont.

4 Qualitätsaspekte des parteiprogrammatischen Angebots

Das Konzept der programmatischen Lagerung unterscheidet sich maßgeblich vom Konzept der Qualität. Während die Lagerung den parteiprogrammatischen Schwerpunkt auf einer policy-definierten Dimension zwischen inhaltlichen Polen alternativer Politikentwürfe misst, variiert die Qualität eines Programms zwischen den Polen von mehr oder weniger Qualität.

4.1 Die Operationalisierung von vier Qualitätsaspekten

Wir unterscheiden im Folgenden vier Qualitätsaspekte von Parteiprogrammen: Differenzierbarkeit, Sichtbarkeit, Klarheit und Heterogenität. Diese Aspekte des programmatischen Angebots werden jeweils für eine Wahl und getrennt für jede Konfliktdimension berechnet und dann für die Jahre bis zur nächsten Wahl mit demselben Wert fortgeschrieben. Alle Werte sind verschiedene Aggregationen von Positionen der Parteien auf der jeweiligen Konfliktdimension.

Die Differenzierung der Positionen beschreibt, wie breit das politische Angebot ist. Wir operationalisieren sie über die Spannweite des politischen Angebots (s. Übersicht 2). Dabei bestimmen wir die Distanz zwischen den beiden Parteien, die die extremen Positionen besetzen.

Übersicht 2 Operationalisierung der Aspekte des parteiprogrammatischen Angebots

Aspekt	Berechnung	Skala (theoretische min und max)
Differenzierung	Distanz zwischen Position der am meisten links und am meisten rechts stehenden Partei reskaliert auf 0 bis 1.	0: keine Unterschiede 1: extrem große Unterschiede
Sichtbarkeit	In Worten: Distanz zwischen Position größter und zweitgrößter Partei reskaliert auf 0 bis 1.	0: keine Unterschiede 1: extrem große Unterschiede
Klarheit	In Worten: In einem ersten Schritt werden die quadrierten Distanzen zwischen Sachfragenpositionen und allgemeiner Position auf der Konfliktdimension für jede Partei bei jeder Wahl berechnet. Dann werden diese (gewichtet mit dem Salienzanteil der Sachfrage an der Salienz aller Sachfragen der Konfliktdimension) summiert. Aus diesen spezifischen Werten der Partei- und Konfliktdimensionen lassen sich dann Werte auf der Wahlebene berechnen, indem der nach Parteistärke (Anteil Wählerstimmen) gewichtete Mittelwert berechnet wird.	0: sehr inkonsistente Position 1: völlig konsistente Position
Heterogenität	Die durchschnittliche Varianz der Sachfragenprioritäten der Parteien bei einer Wahl auf einer Konfliktdimension geteilt durch die quadrierte Anzahl der Parteien (s. Franzmann 2008).	0: alle Parteien haben gleiche Prioritäten > 0: Parteien haben keine gemeinsamen Prioritäten (je größer, desto unterschiedlicher)
Lagerung	Die durchschnittliche (nach Wählerstimmen gewichtete) Position aller Parteien bei einer Wahl auf einer Konfliktdimension.	-1: linker Pol des Parteiensystems +1: rechter Pol des Parteiensystems

Anmerkung: Dabei entspricht p der Position, s der Priorität und v dem Anteil der Wählerstimmen. Die Indices folgendes: i die Partei, j eine Sachfrage, w eine Wahl und d eine Konfliktdimension. N beschreibt die Anzahl der Parteien und K die Anzahl der Sachfragen.

Die Sichtbarkeit der Differenzierung von Positionen beschreibt, inwieweit diese Unterschiede für die Wähler erkennbar sind. Die hierfür entwickelte Maßzahl erfasst nicht die gesamte Breite des Angebots, sondern berücksichtigt nur die Unterschiede zwischen den beiden stärksten Parteien. Wir argumentieren, dass Unterschiede dann besonders sichtbar sind, wenn die zwei größten Parteien unterschiedliche Programme haben. Auch in Mehrparteiensystemen stellen die stärksten Parteien in der Regel den Regierungschef, besetzen die meisten Ministerämter und dominieren so die Regierungspolitik. Während die Differenzierung von Positionen und Prioritäten zwischen den parlamentarischen Parteien das Ausmaß der im Parlament repräsentierten Interessen widerspiegelt, schätzen die Differenzierungen zwischen den beiden großen Parteien daher die realisierbaren Alternativen des Regierungshandelns ein.

Für die Messung der programmatischen Klarheit berechnen wir zunächst für jedes Programm die Position zwischen Pro und Kontra für jede einzelne Sachfrage der jeweiligen Konfliktdimension. Wir messen, wie konsistent die Sachfragenpositionen einer Partei auf jeder der drei Dimensionen sind (s. Übersicht 2).

Die Heterogenität erfasst, wie unterschiedlich die Prioritäten der Parteien sind. Dafür berechnen wir für jede Sachfrage der Konfliktdimension die Varianz der Salienz über alle Parteien einer Wahl. Dann berechnen wir über alle Sachfragen der Konfliktdimension den Mittelwert der Varianzen. Wir korrigieren die unterschiedliche Anzahl der Parteien, indem wir durch die Wurzel der Anzahl der Parteien teilen (ähnlich Franzmann 2008).

4.2 Veränderungen der Qualität des parteiprogrammatischen Angebots, 1950-2011

Im Mittelpunkt unserer Analysen stehen Entwicklungstrends des parteiprogrammatischen Angebots. Aufgrund der Krisenliteratur zu Parteien und Demokratie sollten wir negative Auswirkungen auf die Differenzierung, Sichtbarkeit und Klarheit des sozioökonomischen und des Zentrum-Peripherie-Angebots und positive Auswirkungen auf die Differenzierung und Klarheit des soziokulturellen Angebots erwarten. Bereits ein kurzer Blick auf Abbildung 3 zur Entwicklung dieser Qualitätsaspekte auf den Konfliktdimensionen macht deutlich, dass im Durchschnitt von 21 OECD-Ländern diese Erwartungen nur eingeschränkt erfüllt werden.

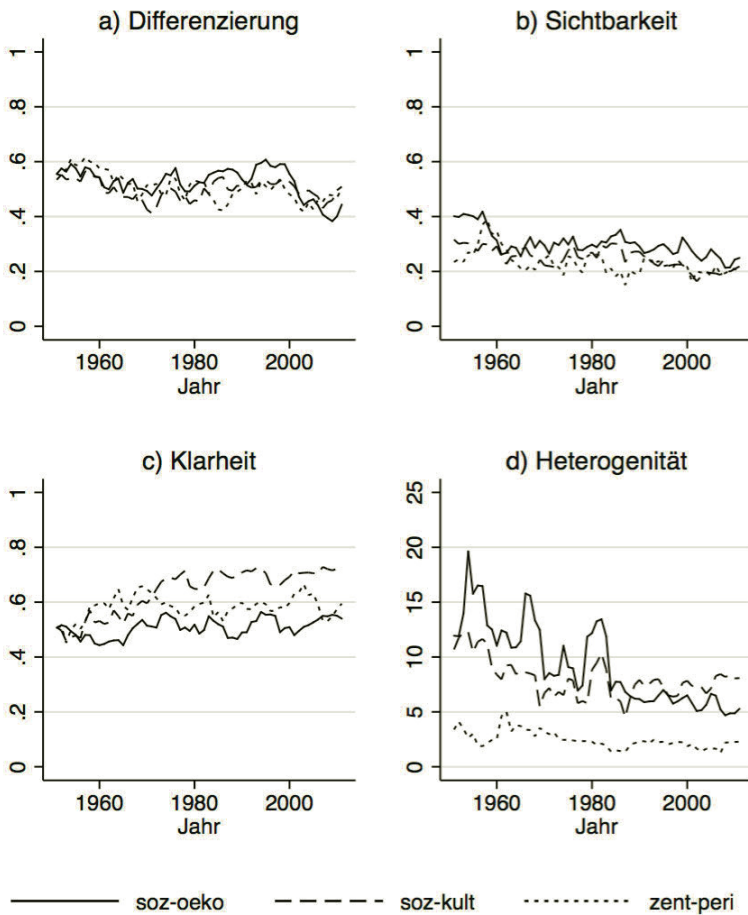


Abb. 3 Vier Qualitätsaspekte auf drei Konfliktdimensionen

Anmerkung: a,b,c;: 0 = schlechtes Angebot, 1 = gutes Angebot

d: je größer der Wert, desto besser die Qualität (nach oben offene Skala).

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Volkens et al. (2013b).

Im Hinblick auf die Differenzierung finden wir auf allen drei Konfliktdimensionen einen zyklischen Verlauf. Zunächst konvergierten die Positionen der Parteien.

Zwischen 1950 und 1970 näherten sie sich, gemäß der von Bell diagnostizierten Entideologisierung, auf allen drei Konfliktdimensionen an. Dieser Konsens zwischen den Parteien brach aber 1970 auf. Im Hinblick auf die Differenzierung sozioökonomischer Positionen finden wir zwischen 1970 und 2000 mit der Ausbreitung neoliberaler Positionen eine Zunahme der Unterschiede zwischen den Programmen. Mit der Jahrtausendwende setzte ein weiterer Zyklus sozioökonomischer Entdifferenzierung ein, weil seltener neoliberale Positionen bezogen werden.

Insgesamt überwiegt aber bei der Betrachtung der Differenzierung ebenso wie bei ihrer Sichtbarkeit im langfristigen Vergleich eher ein Bild der Stabilität als das einer Verschlechterung oder Verbesserung. Vergleicht man die Differenzierung und ihre Sichtbarkeit, sticht aber ins Auge, wie groß der Unterschied zwischen den gemessenen Werten zu allen Zeitpunkten ist. Dieser Unterschied verweist auf Abweichungen zwischen den parlamentarisch repräsentierten und den in Regierungshandeln umgesetzten Programmalternativen.

Die Klarheit von soziokulturellen Angeboten entwickelt sich unseren Erwartungen entsprechend positiv. Im Gegensatz zu unseren Hypothesen nimmt die Klarheit auf den anderen beiden Dimensionen aber nicht ab, sondern im Gegenteil im Trend etwas zu. Für zunehmende Verschleierungstaktiken aufgrund einer Verbreitung von Kartellstrategien finden wir jedenfalls keine Anhaltspunkte.

Für die Heterogenität der Prioritäten hatten wir eine vom Parteienwettbewerb und realen Problemen begrenzte Differenzierung der Programme erwartet. Diese begrenzte Differenzierung finden wir nur in zweierlei Hinsicht. Die Differenzierung soziokultureller und insbesondere die Differenzierung von Prioritäten für die Machtverteilung zwischen Zentrum und Peripherie sind im gesamten Beobachtungszeitraum nur schwach ausgeprägt und verändern sich auch nur wenig.

Entgegen unseren Annahmen verringert sich aber die Heterogenität der sozioökonomischen Prioritäten erheblich. Offenbar sprechen Parteien mit der Auflösung von Milieus zunehmend die gleichen Wähler an und greifen Konsensthemen (*valence issues*) wie die Verringerung von Arbeitslosigkeit oder Korruption auf, denen alle Wähler zustimmen (Stokes 1963). Damit muss zumindest dem neueren programmatischen Angebot zur Heterogenität ein schlechtes Zeugnis ausgestellt werden.

Bei allen Unterschieden zwischen den Themenbereichen eines Programms muss sich der Wähler einen Gesamteindruck vom Programm bilden, um sich für oder gegen die Partei zu entscheiden. Wir haben daher entsprechend ihres Umfangs an den Programmen die drei Konfliktbereiche zusammengefasst. Diese Zusammenfassung zum Programmpaket verdeutlicht einerseits die beschriebenen voneinander abweichenden Entwicklungen und befördert andererseits vor allem das Bild großer Stabilität bei den zentralen Qualitätsaspekten.

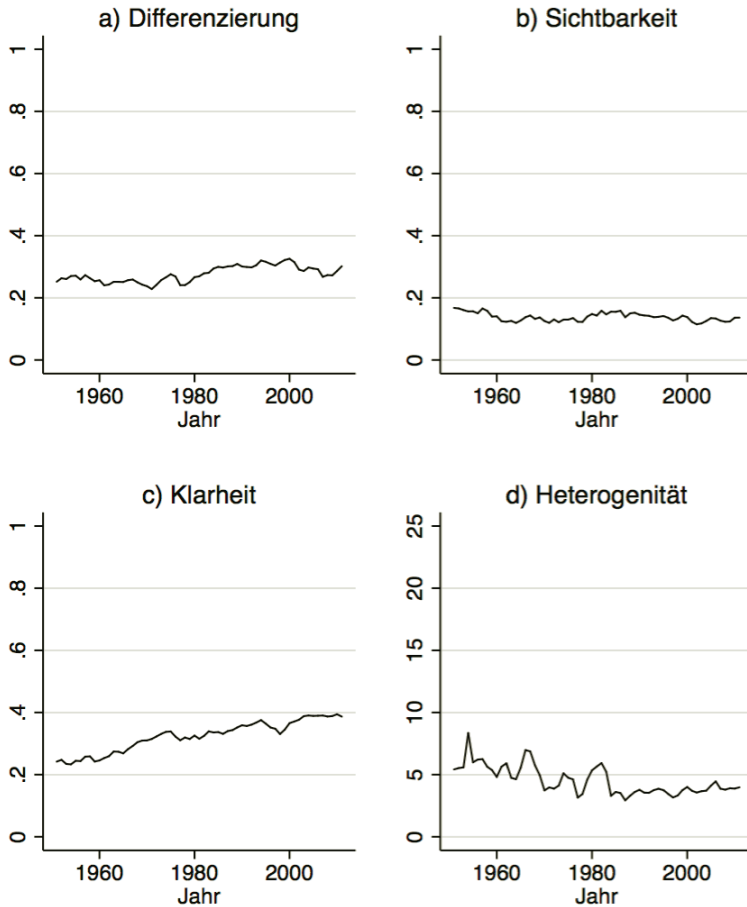


Abb. 4 Aggregierte Qualitätsaspekte des programmatischen Angebots

Anmerkung: a,b,c,: 0 = schlechtes Angebot, 1 = gutes Angebot
d: je größer der Wert, desto besser die Qualität (nach oben offene Skala).

Quelle: Eigene Darstellung aus MARPOR-Daten (Volkens et al. 2013b).

Im Durchschnitt der Konfliktthemen ist die Verbesserung der Klarheit der Positionen offensichtlicher als die Verschlechterung der Heterogenität von Prioritäten (s. Abb. 4). Während sich die Differenzierung von Alternativen zwischen allen Parteien

im Parlament im Verlauf der Zeit minimal verbessert hat, ist die Differenzierung zwischen den beiden großen Parteien gleichbleibend fast gar nicht ausgeprägt. Die in den Wahlprogrammen der großen Parteien formulierten Positionen sind sich also sehr ähnlich. Für den Bürger standen damit zu keinem Zeitpunkt große Parteien zur Wahl, deren Positionen sich maßgeblich voneinander unterscheiden.

5 Qualitätsunterschiede zwischen Ländergruppen

Bislang haben wir Entwicklungen von Qualitätsaspekten im Durchschnitt von 21 etablierten Demokratien betrachtet. Wir vermuteten jedoch, dass diese Durchschnittswerte Unterschiede zwischen drei Gruppen von Ländern verbergen. Die drei im theoretischen Teil entwickelten Hypothesen testen wir anhand der in Tabelle 1 dargestellten Unterschiede in den Mittelwerten von drei Demokratietypen im Vergleich zum Mittelwert der 11 Demokratien, die in keine dieser drei Gruppen fallen.

Tabelle 1 Qualitätsaspekte nach Demokratietypen

	Differenzierung	Sichtbarkeit	Klarheit	Heterogenität
Majoritäre Demokratien	0,20	0,15	0,35	4,90
Konkordanzdemokratien	0,31	0,14	0,37	4,50
Defekte Demokratie (Türkei)	0,16	0,10	0,25	1,71
Vergleichsgruppe	0,33	0,16	0,35	4,49

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf Volkens et al. (2013b).

Erstens erwarten wir der räumlichen Wettbewerbstheorie zufolge vor allem in Zweiparteiensystemen Verschlechterungen des programmatischen Angebots in Bezug auf die Differenzierung von Positionen (Downs 1957). In diesen Ländern übernehmen, aufgrund eines majoritären Wahlrechts begünstigt, zwei große Parteien abwechselnd die Regierungsrolle. Zu diesen majoritären Ländern werden die USA als reines Zweiparteiensystem sowie Großbritannien, Neuseeland bis zum Wechsel des majoritären in ein proportionales Wahlsystem im Jahr 1996 und Australien gezählt. In Australien sind zwar drei Parteien an Regierungen beteiligt. Zwei Parteien, die National Party und die Liberal Party, bilden jedoch eine Dauerkoalition und treten, ähnlich wie die CDU/CDU, in den meisten Wahlkreisen nicht gegeneinander an. Tatsächlich ist die Differenzierung von Positionen in den majoritären Demokratien

niedriger als in Konsensdemokratien, die Qualität der Sichtbarkeit, Klarheit und Heterogenität unterscheidet sich aber nicht von der Vergleichsgruppe.

Wenn alle Parteien eines Parteiensystems Kartellstrategien verfolgen und ‚hinter den Kulissen‘ zusammenarbeiten, könnten sie sich auch in Mehrparteiensystemen programmatisch angenähert haben. Dies könnte zweitens vor allem für Konsensdemokratien (Lehmbruch 1992; Lijphart 1999) der Fall sein, in denen möglichst viele politische Akteure in Entscheidungen einbezogen werden (Belgien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz) und sollte besonders für die Sichtbarkeit der Differenzierung zwischen den beiden großen Parteien gelten, weil die sozialdemokratischen und christdemokratischen oder konservativen Parteien von der Transformation in ununterscheidbare „catch-all“-Parteien besonders betroffen sein sollten (Kirchheimer 1966). Im Gegensatz zu diesen Hypothesen unterscheidet sich die Qualität des programmatischen Angebots in Konsensdemokratien nicht von der Qualität anderer stabiler Demokratien. Die in Tabelle 1 dargestellten Qualitätswerte sind nahezu identisch. Auch der Messwert für die Sichtbarkeit (0.14) unterschreitet den Wert der Vergleichsgruppe (0.16) nur wenig.

Schließlich sollten sich defekte von stabilen Demokratien unterscheiden, weil stabile Wettbewerbsstrukturen, wie sie den Parteientwicklungstheorien zugrunde liegen, nur in stabilen eingebetteten Demokratien existieren. Die meisten (alten) OECD-Länder zählen zu diesen stabilen Demokratien. Eine Ausnahme bildet die Türkei, wo Militärinterventionen, neue Verfassungen und Parteiverbote die demokratische Kontinuität des Parteienwettbewerbs nicht selten unterbrochen haben. Hauptsächlich wegen der Diskontinuitäten des Parteiensystems vermuten wir hier eine schlechte Beschaffenheit aller Qualitätsaspekte. Diese Hypothese bestätigt sich in vollem Umfang. Die Programmqualität der türkischen Parteien liegt in jeder Hinsicht unter der Güte aller übrigen Demokratietypen. Auffällig sind vor allem die mangelnde Qualität der Differenzierung von Positionen und Prioritäten. Damit akkumulieren sich in der Türkei programmatische Qualitätsdefizite, die sich perpetuieren, weil Konflikte von den Parteien nicht politisiert werden.

6 Zusammenfassung

In repräsentativen Demokratien müssen sich Parteien regelmäßig dem Wettbewerb um Wählerstimmen stellen. Parteien werben dabei mit Programmen um Stimmen und können ein Mandat für die Umsetzung ihrer programmatischen Positionen in Parlament und Regierung erhalten (Budge 1993). Der Qualität ihrer programmatischen Angebote kommt damit eine besondere demokratietheoretische Bedeutung

für die Aggregation, Artikulation und Umsetzung von Wählerpräferenzen zu. Wir haben daher gefragt, ob das Programmangebot der Parteien so ausgestaltet ist, dass die Wähler eine ihren Interessen entsprechende Auswahl treffen können. Dabei haben wir zwischen vier Aspekten der Qualität programmatischer Angebote – der Differenzierung von Positionen, deren Sichtbarkeit und Klarheit sowie der Heterogenität von Prioritäten – und zweitens zwischen drei Konfliktbereichen – der sozioökonomischen, der soziokulturellen und der Zentrum-Peripherie-Dimension – unterschieden.

Im Deutungsrahmen der eingebetteten Demokratie und deren Funktionsbedingungen liegt eine Krise der programmatischen Angebotsseite des Wahlregimes vor, wenn alle Qualitätsaspekte maßgeblich beeinträchtigt sind. Entgegen den Krisenbehauptungen, Parteien würden sich in ihren Programmen nicht mehr unterscheiden, finden wir bei unserer Qualitätsprüfung von Wahlprogrammen in 21 Ländern zwischen 1950 und 2011 aber nur wenige Hinweise auf Verschlechterungen der programmatischen Qualität. Für einen generellen Bedeutungsverlust grundlegender Konflikte in Parteiprogrammen gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Die Relevanz soziokultureller Konflikte hat im Gegenteil sogar zugenommen und liegt auch für die abstraktere Links-Rechts-Dimension bei nahezu stabilen 50 Prozent des Umfangs eines durchschnittlichen Wahlprogramms. Verändert hat sich aber die Lagerung des Angebots. Insbesondere für sozioökonomische Angebote konnten wir drei Zyklen identifizieren: die Ausbreitung eines Wohlfahrtsstaatskonsens zwischen 1950 und 1970, die Verbreitung neoliberaler Vorstellungen zwischen 1970 und dem Ende der 1990er Jahre und eine Umkehr in Richtung mehr Marktregulierung und Wohlfahrtsstaat nach der Jahrtausendwende. Verschlechtert hat sich vor allem die sozioökonomische Heterogenität der Programme. Bürger können den Wahlprogrammen inzwischen kaum Prioritätensetzungen mehr entnehmen. Im Gegenzug hat sich aber die Klarheit der Positionen verbessert, so dass die Verschlechterung eines Aspekts durch Verbesserungen eines anderen Aspekts ausgeglichen wird.

Für eine generelle Krise der Angebotsseite demokratischen Wählens finden wir auch bezüglich unterschiedlicher Demokratieformen keine Anhaltspunkte. Wie vermutet bieten majoritäre Systeme dem Bürger weniger Unterschiede in den sozioökonomischen Positionen als die proportionalen Systeme. Diese beiden Demokratieformen unterscheiden sich aber in keinem der anderen drei Programmaspekte. Die Konsensdemokratien liegen auf vergleichbarem Qualitätsniveau wie die Konkurrenzdemokratien. Nur in der defekten Demokratie der Türkei kumulieren sich erwartungsgemäß die Qualitätsdefizite.

Dieses überwiegend positive Bild trifft allerdings nur auf das elektorale Programmangebot zu. Die Sichtbarkeit der Programmalternativen der beiden großen Parteien im Parlament ist dauerhaft sehr gering ausgeprägt. Die von vielen Bürgern

geäußerte Kritik an der Ununterscheidbarkeit der Programmangebote findet hier ihre Begründung. Diese Kritik könnte zugenommen haben, weil die Klarheit des Angebots zugenommen hat. Denn mit zunehmender Klarheit der Positionen dürfte die geringe Differenzierung zwischen den großen Parteien für die Wähler immer offensichtlicher geworden sein. In diesem Fall hätte ironischerweise die objektive Verbesserung eines Angebotsaspektes zu einer schlechteren subjektiven Beurteilung des gesamten Angebots geführt.

Literatur

- Adams, James. 2012. Causes and Electoral Consequences of Party Policy Shifts in Multi-party Elections: Theoretical Results and Empirical Evidence. *Annual Review of Political Science* 15 (1): 401-419.
- Albright, Jeremy J. 2010. The Multidimensional Nature of Party Competition. *Party Politics* 16 (6): 699-719.
- Ansalobehere, Stephen, Jonathan Rodden und James M. Snyder. 2008. The Strength of Issues: Using Multiple Measures to Gauge Preference Stability, Ideological Constraint, and Issue Voting. *American Political Science Review* 102 (2): 215-232.
- Bartolini, Stefano. 1999. Collusion, Competition and Democracy: Part I. *Journal of Theoretical Politics* 11(4): 435-470.
- Bartolini, Stefano. 2000. Collusion, Competition and Democracy: Part II. *Journal of Theoretical Politics* 12 (1): 33-65.
- Bakker, Ryan, Seth Jolly und Jonathan Polk. 2012. Complexity in the European Party Space: Exploring Dimensionality with Experts. *European Union Politics* 13 (2): 219-245.
- Bell, Daniel. 1962. *The End of Ideology*. New York: Free Press.
- Benoit, Kenneth und Michael Laver. 2006. *Party Policy in Modern Democracies*. New York: Routledge.
- Benoit, Kenneth und Michael Laver. 2012. The dimensionality of the policy space: Epistemological and methodological considerations. *European Union Politics* 13 (2): 194-218.
- Bornschier, Simon. 2010. The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe. *West European Politics* 10 (3): 419-444.
- Brooks, Clem, Paul Nieuwebeerta und Jeff Manza. 2006. Cleavage-based Voting Behaviour in Cross-National Perspective: Evidence from Six Post-War Democracies. *Comparative Political Studies* 28 (4): 88-128.
- van der Brug, Wouter. 1999. Voters' Perceptions and Party Dynamics. *Party Politics* 5 (2): 147-169.
- Brunsbach, Sandra, Stefanie John, Andrea Volkens und Annika Werner. 2011. Wahlprogramme im Vergleich. In *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*, hrsg. Jens Tenschler, 41-64. (Hg.): Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Brunsbach, Sandra, Stefanie John und Annika Werner. 2012. The Supply Side of Second Order Elections: Comparing German National and European Election Manifestos. *German Politics* 21 (1): 91-115.
- Budge, Ian. 1993. Parties, Programs and Policies: A Comparative and Theoretical Perspective. *The American Review of Politics* 14, S. 695-716.
- Budge, Ian und Dennis Farlie. 1983. *Explaining and Predicting Elections: Issue Effects and Party Strategies in Twenty-three Democracies*. London: Allen & Unwin.
- Budge, Ian, David Robertson und Derek Hearl. Hrsg. 1987. *Ideology, Strategy and Party Change. Spatial Analysis of Post-war Election Programmes in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum with Richard C. Fording, Derek J. Hearl, Kim Hee Min, Michael McDonald und Silvia Mendez. 2001. *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Cochrane, Christopher. 2011. The Asymmetrical Structure of Left/Right Disagreement. Left-wing Coherence and Right-wing Fragmentation in Comparative Party Policy. *Party Politics* 19 (1): 104-121.
- Daalder, Hans. 2002. Parties: Denied, Dismissed, or Redundant? A Critique. In *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, hrsg. Richard Gunther, José Ramón Montero und Juan J. Linz, 39-57. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J. 1985. Political Parties and Political Representation: Party Supporters and Party Elites in Nine Nations. *Comparative Political Studies* 18 (3): 267-299.
- Dalton, Russell J. 1996. *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. New Jersey: Chatham House Publishers, 2. Aufl.
- Dalton, Russell J. 2002. *Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J., Scott C. Flanagan und Paul A. Beck. 1984. Political Forces and Partisan Change. In *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*, hrsg. Russell J. Dalton, Scott C. Flanagan und Paul A. Beck, 452-476. Princeton: Princeton University Press.
- Dalton, Russell J., David M. Farrell und Ian McAllister. 2011. *Political Parties and Democratic Linkage. How Parties Organize Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- Druckman, James N. 2004. Political Preference Formation: Competition, Deliberation, and the (Ir) Relevance of Framing Effects. *American Political Science Review* 98 (4): 671-686.
- Eckstein, Harry. 1968. Party Systems. In *International Encyclopedia of the Social Sciences* 17, hrsg. David L. Sills, 436-453. New York: McMillan/Free Press.
- Elff, Martin. 2013. A Dynamic State-Space Model of Coded Political Texts. *Political Analysis* 21 (2): 217-232.
- Eulau, Heinz. 1987. The Congruence Model Revisited. *Legislative Studies Quarterly* 12 (2): 171-214.
- Evans, Geoffrey. 2010. Models, Measures and Mechanisms: An Agenda for Progress in Cleavage Research. *West European Politics* 33 (3): 634-647.
- Evans, Geoffrey und Dirk de Graaf. 2013. *Political Choice Matters: Explaining the Strength of Class and Religious Cleavages in Cross-national Perspective*. Oxford University Press.
- Franklin, Mark N, Thomas T. Mackie und Henry Valen. Hrsg. 1992. *Electoral Change. Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Franzmann, Simon. 2008. *Programmatische Heterogenität und ideologische Polarisierung in den europäischen Parteiensystemen*, Beitrag für die gemeinsame Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) „Die Verfassung der Demokratien“, 21.-23. November 2008 an der Universität Osnabrück.
- Franzmann, Simon und André Kaiser. 2006. Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data. *Party Politics* 12 (2): 163-188.
- Fuchs, Dieter und Hans-Dieter Klingemann. 1995. Citizens and the State: a Changing Relationship? In *Citizens and the State*, hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs, 1-23. Oxford: Oxford University Press.
- Green-Pedersen, Christoffer. 2007. The Growing Importance of Issue Competition: The Changing Nature of Party Competition in Western Europe. *Political Studies* 55 (3): 607-628.
- Green-Pedersen, Christoffer und Peter B. Mortensen. 2010. Who Sets the Agenda and who Responds to it in the Danish Parliament? A New Model of Issue Competition and Agenda-setting. *European Journal of Political Research* 49 (2): 257-281.
- Heath, Anthony, Geoffrey Evans und Jean Martin. 1994. The Measurement of Core Beliefs and Values: The Development of Balanced Socialist/Laissez-Faire and Libertarian/Authoritarian Scales. *British Journal of Political Science* 24 (1): 115-132.
- Hooghe, Liesbet, Gary Marks und Carole J. Wilson. 2002. Does left/right structure party positions on European integration? *Comparative Political Studies* 35 (8): 965-989.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald und Christian Welzel. 2005. *Modernization, Cultural Change and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Iyengar, Shanto und Donald R. Kinder. 1987. *News that Matters: Agenda-setting and Priming in a Television Age*. Chicago: University of Chicago Press.
- Katz, Richard S. und Peter Mair. 1995. Changing Models of Party Organization and Party Democracy. *Party Politics* 1 (1), 5-28.
- Keil, Silke I. 2003. *Wahlkampfkommunikation in Wahlanzeigen und Wahlprogrammen*, Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Keil, Silke I. 2004. Parteiprogrammatik in Wahlkampfanzeigen und Wahlprogrammen 1957-2002: Und es gibt ihn doch – den (kleinen) Unterschied. In *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*, hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller, 353-388. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kim, Hee Min und Richard C. Fording. 2002. Government partisanship in Western democracies, 1945-1998. *European Journal of Political Research* 41 (2): 187-206.
- Kirchheimer, Otto. 1966. The Transformation of the Western European Party Systems'. In *Political Parties and Political Development*, hrsg. Joseph LaPalombara und Myron Weiner, 117-200. Princeton: Princeton University Press.
- Kitschelt, Herbert. 2000. Linkages between Citizens and Politicians in Democratic Polities. *Comparative Political Studies* 33 (6/7), 845-879.
- Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert, Ian Budge with Hans Keman, François Pétry, Torbjorn Bergman und Kaare Strom. 1994. *Parties, Policies, and Democracy*. Boulder: Westview Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge und Michael Macdonald. 2006. *Mapping Policy Preference II: Estimates for Parties, Electors and Governments in*

- Eastern Europe, the European Union and the OECD, 1990-2003*. Oxford: Oxford University Press.
- König Thomas, Moritz Marbach und Moritz Osnabrügge. 2013. Estimating Party Positions across Countries and Time – A Dynamic Latent Variable Model for Manifesto Data. *Political Analysis*, 21 (4): 468-491.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Martin Dolezal, Marc Helbling, Dominic Höglinger, Swen Hutter und Bruno Wüst. 2012. *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laver, Michael und Ian Budge. Hrsg. 1992. *Party Policy and Government Coalitions*. New York: St. Martin's Press.
- Laver, Michael und John Garry. 2000. Estimating policy positions from political texts. *American Journal of Political Science*, 44 (3): 619-634.
- Lawson, Kay und Thomas Poguntke. Hrsg. 2004. *How Political Parties Respond. Interest Aggregation Revisited*. London: Routledge.
- Lehmbruch, Gerhard. 1992. Konkordanzdemokratie. In *Lexikon der Politik, Bd. 3: Die westlichen Länder*, hrsg. Manfred G. Schmidt, 206-211. München: C.H. Beck.
- Lijphart, Arend. 1989. From the Politics of Accommodation to Adversarial Politics in the Netherlands: A Reassessment. *West European Politics* 12 (1): 139-153.
- Lijphart, Arend. 1999. *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance of Twenty-Seven Democracies*. New Haven: Yale University Press.
- Lipset, Martin Seymour und Stein Rokkan. 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. In *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, hrsg. Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, 1-64. New York: The Free Press.
- Mair, Peter. 2008. The Challenge to Party Government. *West European Politics* 31, 211-234.
- Mair, Peter, Wolfgang Müller und Fritz Plasser. Hrsg. 2004. *Political Parties and Electoral Change. Party Responses to Electoral Markets*. London: Sage.
- Mansergh, Lucy und Robert Thomson. 2007. Election pledges, party competition, and policymaking. *Comparative Politics*, 39 (3): 311-329.
- Marcinkowski, Frank. 1998. Massenmedien und Politikinhalt. Empirische Fallstudie auf einem unterbelichteten Forschungsfeld. *Duisburger Materialien zur Politik- und Verwaltungswissenschaft* 19.
- Marshall, Stefan. 2011. Nutzer und Nutzen – Der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2009. In *Das Internet im Wahlkampf*, hrsg. Eva J. Schweitzer und Steffen Albrecht, 136-153. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Maurer, Marcus. 2007. Fakten oder Floskeln? Die Inhalte der Wahlprogramme im Bundestagswahlkampf 2005 in der Tagespresse. *Publizistik* 52 (2), 174-190.
- Maurer, Marcus. 2009. Wissensvermittlung in der Mediendemokratie: Wie Medien und politische Akteure die Inhalte von Wahlprogrammen kommunizieren. In *Politik in der Mediendemokratie*, hrsg. Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch, 151-173. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang, Alexander Petring, Christian Henkes und Christoph Egle. 2008. *Social Democracy in Power. The capacity to reform*. London: Routledge.
- Merz, Nicolas und Sven Regel. 2013. Die Programmatik der Parteien. In *Handbuch Parteienforschung*, hrsg. Oskar Niedermayer, 212-238. Wiesbaden: Springer VS.

- Montero, José Ramón und Richard Gunther. 2002. Introduction: Reviewing and Assessing Parties. In *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, hrsg. Richard Gunther, José Ramón Montero und Juan J. Linz, 1-38. Oxford: Oxford University Press.
- Nyblade, Benjamin. 2004. *The Dynamics of Dominance*, Manuskript.
- Pappi, Franz Urban. 2000. Zur Theorie des Parteienwettbewerbs. In *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, hrsg. Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr, 86-105. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban und Susumu Shikano. 2004. *Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002*. Mannheim: MZES Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Pierce, Roy. 1999. Mass-Elite Linkages and the Responsible Party Model of Representation. In *Policy Representation in Western Democracies*, Warren E. Miller, Roy Pierce, Jacques J. A. Thomassen, Richard Herrera, Sören Holmberg, Peter Esaiasson und Bernhard Weßels, 9-32. Oxford: Oxford University Press.
- Römmele, Andrea. 2012. Electronic campaigning. In *Electronic Democracy. State of the Art and Future Perspectives*, hrsg. Norbert Kersting, 103-124. Opladen: Leske + Budrich.
- Rohrschneider, Robert und Stephen Whitefield. 2007. Representation in New Democracies: Party Stances on European Integration in Post-Communist Eastern Europe. *Journal of Politics* 69 (4), 1133-1146.
- Rovny, Jan. 2012. Who Emphasizes and Who Blurs? Party Strategies in Multidimensional Competition. *European Union Politics* 13 (2): 269-292.
- Rovny, Jan und Erica E. Edwards. 2012. Struggle over Dimensionality. Party Competition in Western and Eastern Europe. *East European Politics & Societies* 26 (1): 56-74.
- Sani, Giacomo und Giovanni Sartori. 1983. Polarization, Fragmentation, and Competition in Western Democracies. In *Western European Party Systems. Continuity and Change*, Hans Daalder und Peter Mair, 307-340. London: Sage.
- Sartori, Giovanni. 1976. *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. New York: Cambridge University Press.
- Schmitt, Hermann. 2001. *Politische Repräsentation in Europa. Eine empirische Studie zur Interessenvermittlung durch allgemeine Wahlen*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schmitt, Hermann und Jacques J. A. Thomassen. Hrsg. 1999. *Political Representation and Legitimacy in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Shikano, Susumu und Franz Urban Pappi. 2004. *The positions of parties in ideological and policy space: the perception of German voters of their party system*. Mannheim: MZES Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Stokes, Donald E. 1963. Spatial Models of Party Competition. *American Political Science Review* 57, 368-377.
- Stoll, Heather. 2010. Elite-Level Conflict Salience and Dimensionality in Western Europe: Concepts and Empirical Findings. *West European Politics* 10 (3): 445-473.
- Thomassen, Jacques J. A. 1991. Empirical Research into Political Representation. A Critical Reappraisal. In *Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung. Dietrich Herzog zum 60. Geburtstag*, hrsg. Hans-Dieter Klingemann, Richard Stöss und Bernhard Weßels, 259-274. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Thomassen, Jacques J. A. 1994. Empirical Research into Political Representation: Failing Democracy or Failing Models. In *Elections at Home and Abroad: Essays in Honor of*

- Warren E. Miller, hrsg. M. Kent Jennings und Thomas E. Mann, 237-264. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Thomassen, Jacques J. A. 1999. Political Communication between Political Elites and Mass Public. The Role of Belief Systems. In *Policy Representation in Western Democracies*, Warren E. Miller, Roy Pierce, Jacques J. A. Thomassen, Richard Herrera, Sören Holmberg, Peter Esaiasson und Bernhard Weßels, 33-58. Oxford: Oxford University Press.
- Thomassen, Jacques J. A. Hrsg. 2005. *The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Volkens, Andrea. 2003. Parteiendemokratie in Europa: Die Frage des Politikangebots. In *Entwicklung und Perspektiven der Demokratie in Ost und West*. Abschlusskolloquium der Abteilung Institutionen und Sozialer Wandel mit einer Einführung von Jürgen Kocka, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, org. Hans-Dieter Klingemann, Edeltraud Roller, Andrea Volkens, Bernhard Weßels und Jens Alber, 23-28.
- Volkens, Andrea. 2007. Strengths and Weaknesses of Approaches to Measuring Policy Positions of Parties. *Electoral Studies, Special Symposium: Comparing Measures of Party Positioning: Expert, Manifesto, and Survey Data* 26, 108-120.
- Volkens, Andrea und Hans-Dieter Klingemann. 2002. Parties, Ideologies, and Issues. Stability and Change in Fifteen European Party Systems 1945-1998. In *Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges*, hrsg. Kurt Richard Luther und Ferdinand Müller-Rommel, 143-167. Oxford: Oxford University Press.
- Volkens, Andrea, Judith Bara, Ian Budge, Michael McDonald und Hans-Dieter Klingemann. Hrsg. 2013a. *Mapping Policy Preferences from Texts III. Statistical Solutions for Manifesto Analysts*. Oxford: Oxford University Press.
- Volkens, Andrea, Pola Lehmann, Nicolas Merz, Sven Regel, Annika Werner mit Onawa Promise Lacewell und Henrike Schultze. 2013b. *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR)*. Version 2013b. Berlin: WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- De Vries, Catherine und Gary Marks. 2012. The struggle over dimensionality: A note on theory and empirics. *European Union Politics* 13 (2), 185-193.
- De Vries, Catherine und Sara B. Hobolt 2012. When dimensions collide: The electoral success of issue entrepreneurs. *European Union Politics* 13 (2), 246-268.
- Warwick, Paul V. 1998. Policy distance and parliamentary government. *Legislative Studies Quarterly* 23 (3): 319-345.
- Warwick, Paul V. 2002. Towards a Common Dimensionality in West European Policy Spaces. *Party Politics* 8 (1), 101-122.
- Webb, Paul, David M. Farrell und Ian Holliday. Hrsg. 2002. *Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.